Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

11 (14.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 11 | Donnerstag, den 14. Januar 1932 | 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Vorbereitung einer Volkswahl für den Reichspräsidenten von Hindenburg ist im Gange, obwohl über die Aussichten vorerst noch nichts gesagt werden kann.

*

Der Jungdeutsche Orden regt ein Volksbegehren zur Amtsverlängerung Hindenburgs an.

*

Der nationalsozialistische Führer Frick lehnte eine Unterstützung der Volkswahl Hindenburgs ab, solange Brüning Kanzler ist.

*

In Antwerpen ist im Zirkus Sarrasani ein Großfeuer ausgebrochen, bei dem 13 Elefanten verbrannten. Man vermutet Brandstiftung.

*

In den Stillhalteverhandlungen in Berlin steht die Entscheidung bevor, man erwartet sie bis zum Wochenschluß.

*

Zehn im Brest Litowsk-Prozeß angeklagte hohe polnische Beamten wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

*

Die rumänisch-sowjetrussischen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt sind auf einem toten Punkt angelangt, da Rußland die bessarabische Frage zum Gegenstand einer internationalen Aussprache machen will, während Rumänien die Grenzziehung als endgültig ansieht.

*

Erklärungen amtlicher französischer Kreise bestätigen, daß französischerseits in den Besprechungen mit dem englischen Finanzsachverständigen Leith Roß eine Lösung vorgeschlagen worden ist, nach der Deutschland einen Zahlungsaufschub von zwei Jahren für die geschützten Zahlungen gewährt werden soll. Für die ungeschützten Zahlungen soll die Reichsbank Obligationen herausgeben.

*

In London wurde am Mittwoch ein Bericht des Handelsbeirates der englischen Botschaft in Berlin über die Wirtschaftslage in Deutschland vom Sommer 1930 bis zum Sommer 1931 veröffentlicht. Der Bericht zeigt in erschreckender Weise den ungeheuren Einfluß der Tributzahlungen und der Weltkrise auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.

*

Nach einer amtlichen russischen Meldung beabsichtigt die chinesische Regierung in den nächsten Tagen zurückzutreten.

Volkswahl Hindenburgs

Berlin, 13. Jan. Die Bemühungen um die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg auf dem Wege der Volkswahl sind, wie die „DAZ" meldet, bereits in vollem Gange. Um seine Wahl als **Gemeinschaftskandidat einer Einheitsfront** sicherzustellen, werde voraussichtlich **ein Ausschuß gebildet werden**, der, wie man in politischen Kreisen annimmt, unter Führung des ehemaligen Reichswehrministers Dr. Geßler stehen soll. Sollte eine Vereinbarung über die Gemeinschaftskandidatur Hindenburgs nur zwischen den Mittelgruppen zustandekommen, so würde es den Flügelparteien rechts und links unbenommen bleiben, sich entweder anzuschließen oder keine Gegenkandidaten aufzustellen. An den Vorbesprechungen darüber nehmen, wie das Blatt mitteilt, Graf Westarp und Dr. Dingeldey teil. Von den Parteien sind bereits beteiligt: Zentrum, Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst, Bayerische Volkspartei, Landvolk, Wirtschaftspartei und die Staatspartei.

Eine Nachrichtenagentur meldet: Nachdem die Bemühungen Brünings um eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten endgültig gescheitert sind, wird es sich darum handeln, eine **Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl vorzubereiten.** An den zuständigen Stellen steht man auf dem Standpunkt, daß hierfür Bemühungen von irgend welchen amtlichen Stellen unangebracht sind und daß nunmehr alle weiteren Maßnahmen aus dem Volke selbst kommen müssen. Man hält hierfür die **Bildung eines Ausschusses** für zweckmäßig, wie er bereits seinerzeit bei der ersten Wahl Hindenburgs gebildet wurde.

Bemühungen um eine Wiederwahl Hindenburgs

Berlin, 13. Jan. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, fand eine geschäftsführende Vorstandssitzung der **Deutschen Staatspartei** statt, in der eingehend auch die Frage der Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten durch Volkswahl erörtert und die Kandidatur Hindenburgs einmütig gebilligt wurde. Es kam in den Besprechungen zum Ausdruck, daß der Reichspräsident von Hindenburg es abgelehnt habe, als Kandidat einer bestimmten Parteirichtung aufgestellt zu werden. Die Staatspartei vertrete daher die Meinung, daß alles geschehen müsse, um durch die Nominierung Hindenburgs als Volkskandidaten auch der Sozialdemokratie die Zustimmung zu ermöglichen. Es wird dem Nachrichtenbüro an gut unterrichteter Stelle bestätigt, daß eine formlose Unterhaltung von Politikern der Mittelparteien über die Volkswahl des Reichspräsidenten stattgefunden habe. Zu Beschlüssen sei es jedoch nicht gekommen. Die Besprechungen sollen vielmehr noch fortgesetzt werden.

Der **Termin für die Reichspräsidentenwahl** ist vom Reichstag festzusetzen, der, wie das Nachrichtenbüro hört, zu diesem Zweck **vor dem 23. Februar zusammentreten müßte.** Die Reichsregierung wird dem Reichstag einen Termin für die Präsidentenwahl in Vorschlag bringen. Im Reichsinnenministerium wartet man mit dem Vorschlag des Termins jedoch noch, bis die Frage der Kandidatur einigermaßen geklärt erscheint.

*

Mahrauns Aufruf zur Amtsverlängerung Hindenburgs

Berlin, 13. Jan. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur **Mahraun**, hat im Zusammenhang mit einem **Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtsverlängerung Hindenburgs** folgenden **Aufruf** erlassen:

Der Reichspräsident von Hindenburg hat seine Bereitwilligkeit erklärt, das Amt des Reichspräsidenten in der schicksalsschweren gegenwärtigen Zeit weiter zu führen, falls eine entsprechende Mehrheit des Reichstages ihre Zustimmung geben werde. Der Versuch, eine solche Mehrheit zustandezubringen, ist gescheitert. In der Erörterung einer Volkswahl Hindenburgs treten die Gegensätze der Parteien bereits erneut in den Vordergrund, und es liegt **die große Gefahr vor, daß ein neuer Streit darüber entbrennt, wessen Kandidat der Reichspräsident von Hindenburg ist.** Es liegt ferner die Gefahr vor, daß zum mindesten ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit zu erhalten, welche das deutsche Volk trotz aller vorhandenen Gegensätze in seinem Glauben an Hindenburg besitzt. **Die jungdeutsche Bewegung hat daher bei der zuständigen Stelle die Zulassung eines Volksbegehrens auf Volksentscheid über folgendes Gesetz beantragt:**

„Unter Außerkraftsetzung entgegenstehender Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere der Artikel 41 und 43 wird die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Benekendorff und Hindenburg um weitere 7 Jahre verlängert."

Die jungdeutsche Bewegung ruft alle Deutschen auf, alle Sonderinteressen zurückzustellen und an der Durchführung dieses Volksbegehrens, sowie des nachfolgenden Volksentscheides mitzuarbeiten.

*

Die Vorbereitungen der Präsidentenwahl

Berlin, 13. Jan. Im Reichstag fand am Mittwoch abend die bereits angekündigte **Besprechung von Mitgliedern der Mittelparteien über die Volkswahl des Reichspräsidenten von Hindenburg** statt. Es handelte sich, ebenso wie schon am Dienstag, um rein private Besprechungen interessierter Politiker, also nicht etwa um Verhandlungen der Parteien. Dabei ergab sich, wie bereits bei den Besprechungen am Dienstag, Einigkeit darüber, daß die Aufstellung und Wahl Hindenburgs als gemeinsamer Kandidat des Volkes ein erstrebenswertes Ziel auch im Hinblick auf die Außenpolitik sei. Gleichzeitig kam jedoch, wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. hört, zum Ausdruck, daß die Parteien keinen Schritt in dieser Richtung unternehmen könnten, weil dadurch der Erfolg nur gefährdet werden könnte. Man würde es nur begrüßen, wenn andere Kreise, die parteimäßig nicht gebunden sind die Aufstellung der gemeinsamen Kandidatur Hindenburgs übernehmen.

*

Nationalsozialistische Absage an Brüning

Kempten, 13. Jan. In einer nationalsozialistischen Versammlung, die am Dienstag abend in Kempten stattfand, gab Minister a. D. Frick die Antwort auf die Frage, ob eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustande kommen werde. Die Antwort sein glattes Nein. Dr. Frick führte aus: Auch bei einer etwaigen Volkswahl würden die Nationalsozialisten jedenfalls keinen Finger rühren, um den Reichskanzler Brüning noch weiter zu unterstützen. Man bleibe den Nationalsozialisten mit nationalen Kandidaturen vom Leibe, von denen sie schon so große Enttäuschungen erlebt hätten. Für Leute, erklärte der Redner im Wortlaut weiter, die nur mit dem Herzen bei uns sind und sich nicht zu uns bekennen, bedanken wir uns. Dann wählen wir einen Mann aus unseren Reihen, auf den wir uns verlassen können, das für den Fall, daß das Kabinett Brüning nicht vorher verschwindet. Wenn die nationale Opposition an die Regierung tritt, kann man sehr wohl anders verfahren.

„Deutschlands Handelspolitik 1931"

Ministerialdirektor Posse im Rundfunk.

T.U. **Berlin**, 13. Jan. Am Mittwoch abend sprach Ministerialdirektor Dr. Posse über „Deutschlands Handelspolitik im Jahre 1931". Folgende Sätze aus seinem Vortrag seien festgehalten: Wir haben uns 1931 im allgemeinen darauf beschränken müssen, zur Ermöglichung einer umfangreichen Notausfuhr dieses Handelsvertragsnetz vor größeren Verletzungen zu bewahren. Das Jahr 1930 hat mit einer Aktivität der Handelsbilanz von 1642 Millionen RM. abgeschlossen. Den Ueberschuß der Handelsbilanz für das Jahr 1931 einschließlich der heute nur zu schätzenden Ziffern des Dezember haben wir auf annähernd 2,9 Milliarden RM. zu veranschlagen. Die Aktivität der Handelsbilanz in den Monaten Juni bis November 1931 allein war schon größer als die Aktivität während des ganzen Jahres 1930. Dem Ausfuhrrückgang 1931 gegen 1928 (mengenmäßig um rund 10 v. H.) hat dabei eine Einbuße der industriellen Produktionsrichtzahl um fast 30 v. H. gegenübergestanden. Rein ziffernmäßig betrachtet, hat also die Schrumpfung des Binnenmarktes stärkere Ausmaße angenommen, als die der Ausfuhrmärkte. Das international oft ge- und mißbrauchte Wort „Solidarität" hat mit dem Verlauf des Jahres 1931 zunehmend an Zugkraft und Inhalt eingebüßt. Die Handelsverträge mit Rumänien und mit Ungarn, die die berühmten Vorzugszölle enthalten, entsprechen dem wirtschaftlichen Bedürfnis, weil es kaum ein Wirtschaftsreich gibt, in dem sich die vorhandenen Volkswirtschaften natürlich ergänzen. Wie es für den Warenaustausch zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Staaten der Fall ist. Ein weiterer Versuch Deutschlands wurde im Keime erstickt. Wir sind mit dem Fehlschlag der Zollunion mit Oesterreich um eine schmerzliche Erfahrung reicher geworden. Es stoßen sich nun einmal in der Welt die Sachen heute für unshärter als vor dem Kriege und noch immer obsiegen im internationalen Spiel der Kräfte politische über wirtschaftliche Erwägungen auch dann, wenn die wirtschaftlichen noch so sehr ganz offensichtlich von Motiven der Vernunft eingegeben sind.

Seit einigen Jahren hat sich durch Steigerung des europäischen Anteils ein gewisser Richtpunktwechsel im deutschen Außenhandel vollzogen, der 1931 besonders deutlich in Erscheinung getreten ist. Wertmäßig hat die deutsche Europaausfuhr gegenüber 1930 in den drei ersten Vierteljahren 1931 um 17,8 v. H., die überseeische um 30,8 v. H. abgenommen. Aber es ist gerade der auf Deutschland lastende und zunächst nach Europa drängende Ausfuhrdruck, der den Widerstand naturnotwendig in erster Linie bei den europäischen Abgeberstaaten entwickelt. Die von den in der Hauptsache europäischen Regierungen angewandten Maßnahmen autarktischer Richtung sind mannigfaltiger Art. Jeder Tag beschert uns und namentlich uns Deutschen, die wir auf eine starke Ausfuhr angewiesen sind, von neuem unliebsame Ueberraschungen. Das Vorgehen der Schweiz, ebenso wie die sonst mancherorts auftretenden Einfuhrbeschränkungen lassen für Ausfuhrhandel und Handelspolitik das Jahr 1932 nicht unter einem günstigen Stern erscheinen. Gewiß haben wir keinen Anlaß, durch eigene agressive Maßnahmen dazu beizutragen, daß sich die in der Welt schon vorhandenen Abwehrbewegungen gegen die deutsche Ware noch verstärken und beschleunigen. Erst wenn man international die Frage der deutschen Zahlungen liquidiert hat, ist damit der wachsende Ausfuhrzwang von uns und sein Druck auf die anderen genommen. Zur Verzweiflung liegt kein Anlaß vor. Die Erkenntnis von der wirtschaftlichen Schicksalsverbundenheit zwischen den Nationen der europäischen Staaten ist aller Rückschläge zum Trotz langsam im Wachsen. Nun gilt es für uns, die Nerven ruhig und die Augen offen zu halten. Will man durch die Versperrung der Ausfuhrmärkte uns zu einem anderen handelspolitischen Kurs zwingen, so werden wir wohl oder übel den Fehdehandschuh aufzunehmen haben. Das akute Stadium der Weltwirtschaftskrise wird vielleicht schneller zur Reinigung führen, als der gewitterschwüle Charakter, wie er der schleichenden Krise vorher anhaftete. Unter solchen Umständen mag die kommende Neuordnung der Europawirtschaft die allgemeine Zerrüttung und die Autarkie zu ihrem Ausgangspunkt nehmen.

Ein Wirtschaftsbericht der englischen Botschaft in Berlin

England das größte Ausfuhrland für Deutschland.

T.U. **London**, 13. Jan. In London wurde am Mittwoch ein Bericht des Handelsbeirates der englischen Botschaft in Berlin über die Wirtschaftslage in Deutschland vom Sommer 1930 bis zum Sommer 1931 veröffentlicht. Der Bericht zeigt in erschreckender Weise den ungeheuren Einfluß der Tributzahlungen und der Weltkrise auf die Wirt-

schaftsentwicklung in Deutschland. Einleitend wird betont, daß Deutschland zunächst langfristige Anleihen habe aufnehmen müssen, um den in der Inflationszeit entstandenen Kapitalverlust wieder auszugleichen. Da im Jahre 1929 Amerika als Geber langfristiger Anleihen ausgefallen sei, habe Deutschland vor der Notwendigkeit gestanden, kurzfristige Anleihen zu hohen Zinssätzen aufzunehmen. Die Krise, die Zunahme der politischen Schwierigkeiten und des allgemeinen Mißtrauens habe dann zu Unannehmlichkeiten für die Bankinstitute und zu drastischen Einschränkungen im Wechselverkehr geführt. Der Bericht behandelt dann näher die Bemühungen Deutschlands, die Ausfuhr mit allen Mitteln zu steigern und die Einfuhr zu verringern. Hierbei wird hervorgehoben, daß England seinen Platz als zweites Einfuhrland nach Deutschland behalten habe. Jedoch sei Englands Einfuhr nach Deutschland im Jahre 1930 gegenüber 1929 um 25 v. H. gefallen, während die deutsche Ausfuhr nach England in derselben Zeit nur um 7 v. H. abgenommen habe. England sei stets das größte Ausfuhrland für Deutschland gewesen. Länger wird dann die Lage der wichtigsten deutschen Industrien und ihre Wettbewerbsfähigkeit erläutert. Hierbei wird gezeigt, daß alle Industriezweige in Deutschland mehr oder weniger stark von der Krise berührt werden. Der Absatz im Jahre 1930 sei der niedrigste seit Kriegsschluß gewesen. Die Erzeugung sei während des ersten halben Jahres 1931 weiter gefallen. Die Schiffsbauindustrie habe im Jahre 1930 und die Automobilindustrie im Jahre 1929 einen Rückschlag erlitten, von dem sie sich bisher noch nicht erholt hätten. Sodann erörtert der Bericht die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Diese hätten jedoch infolge des Fleischsturzes zum Teil nicht ihren vollen Zweck erfüllt. Schließlich geht der Bericht noch auf die Arbeitslosigkeit und die Lohnkürzungen ein.

Sir Walter Layton über den wirtschaftlichen Wiederaufbau

T.U. **London,** 13. Jan. Der englische Wirtschaftler Sir Walter Layton sprach auf einem Essen des 80er Eighby-Klubs über die gegenwärtige finanzielle Lage der Welt. Er betonte, daß die Schuldenfrage hauptsächlich dafür verantwortlich sei, daß der gegenwärtige Tiefstand des Welthandels das ganze wirtschaftliche System der Welt zu zerstören drohe. Uebergehend auf die gegenwärtige Lage Deutschlands wies er darauf hin, daß die Goldreserven der Reichsbank so gering seien, daß die Zahlungsfähigkeit der Reichsbank im raschen Abnehmen begriffen sei. Wenn es wahr sei, so sagte Sir Layton, daß das wirtschaftliche Leben und die wirtschaftliche Tätigkeit der Welt um 20 bis 25 v. H. oder sogar noch mehr zusammengeschrumpft sei und daß die Welt mit einer vollständigen Zerstörung ihrer Wirtschaft bedroht werde, dann müßte so rasch wie möglich mit dem Wiederaufbau begonnen werden. Es sei ganz klar, daß kein Kapitalzustrom wieder herbeigeführt werden könne, solange die Gefahr bestehe, daß die gegenwärtige Lage wiederkehre. Layton erörterte dann die deutsche Erklärung der Zahlungsfähigkeit und sagte, es sei klar, daß Deutschland etwas zahlen könne, wenn ein Plan fertiggestellt werden könne, unter dem der zerstörende Einfluß der Tribute während der Depressionszeit aufgehoben werde und der so aufgebaut werde, daß er keine schlimmen Folgen habe. Es sei wichtig, daß eine Vereinbarung getroffen werde, die einen Wiederaufbau ermögliche, da die Welt einfach nicht mehr zwölf Monate lang warten könne. Ein wirtschaftlicher Wiederaufbau ohne eine Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland sei nicht möglich. Eine solche Vereinbarung könne aber nur zustandekommen, wenn sie mit der Zustimmung und Unterstützung der Hitlerpartei erfolge.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 14. Januar.

Bad. Landestheater: „Othello", 20—22½ Uhr.
Scala-Tonfilm-Theater: „Reserve hat Ruh", 5, 7 und 9 Uhr.
Union-Theater: „Zwei Herzen im ¾-Takt", 7 und 8,45 Uhr.
Lamm: Oeffentl. Versammlung der N.S.D.A.P., 8 Uhr.

Rücktritt des Kabinetts Laval

Paris, 12. Jan. Der Präsident der Republik, Doumer, hat Dienstag abend Ministerpräsident Laval und sämtliche Mitglieder des Kabinetts empfangen, die ihm ihre Demission überreichten. Der Präsident der Republik Doumer hat diese Demission angenommen, den Mitgliedern des Kabinetts für ihre bisherige Tätigkeit gedankt und sie gebeten, die Erledigung der laufenden Angelegenheiten zu übernehmen.

Zuvor hatte **Laval** eine Unterredung mit dem radikalen Abgeordneten **Herriot.** Er hat ihm den Eintritt in sein Kabinett als **Minister für auswärtige Angelegenheiten** und eine Vertretung der Radikalen Partei innerhalb des Kabinetts entsprechend der ziffernmäßigen Stärke dieser Partei im Parlament angeboten. Herriot hat erklärt, daß die radikale Kammerfraktion in höflicher Form das Angebot des Ministerpräsidenten zur **Mitarbeit an einem Kabinett Laval ablehnen wird.**

*

Wieder Betrauung Lavals?

Paris, 13. Jan. Der Präsident der Republik, Doumer, hat seine Besprechungen zur Lösung der Regierungskrise aufgenommen. Er besuchte zunächst überlieferungsgemäß die Präsidenten von Kammer und Senat und darauf eine Reihe von politischen Persönlichkeiten, darunter Herriot, Leon Blum und Louis Marin. Nach Aeußerungen mehrerer dieser Persönlichkeiten besteht der auch vom „Paris Midi" verzeichnete allgemeine Eindruck, **daß die Krise nur von kurzer Dauer sein werde, da Lavals Wiederbetrauung zweifelhaft sei.** Auch glaubt man, da sein Versuch, zu einem Konzentrationskabinett zu gelangen, an der Absage der Radikalen gescheitert ist, im wesentlichen seine bisherigen Mitarbeiter behalten und nur die Posten des Auswärtigen und des Heeres [illegible]gen wird.

*

Die Pariser Presse zum Rücktritt

Paris, 13. Jan. **„Matin"** erklärt, gewisse radikale Führer hätten zum Ausdruck gebracht, daß sie in eine Konzentrationsregierung nur eintreten könnten, wenn diese nicht als eine reine Fortsetzung der gegenwärtigen Regierung erscheine, sondern wenn sie ihren Ausdruck in der Bildung einer neuen Regierung finden würde, an deren Spitze eine neue Persönlichkeit stehe. Angesichts der Ablehnung der Radikalen glaubt der „Matin", daß das neue Ministerium das gleiche sein wird, wie das zurückgetretene, lediglich mit Neubesetzung der bisher von Briand und Maginot eingenommenen Posten.

Die Herriot nahestehende „Ere Nouvelle" betont, daß die Radikalen sich nicht an einer Mehrheit beteiligten, die fast ständig durch die Rechte beherrscht worden sei.

„La Republique" vertritt wie „Ere Nouvelle" die Ansicht, daß der Rücktritt des Kabinetts erfolgt sei, **um Briand von seinem Posten zu entfernen.**

*

Laval wieder beauftragt.

T.U. **Paris,** 13. Jan. Laval hat sich kurz vor 20 Uhr Pariser Zeit zum Präsidenten der Republik begeben, um den amtlichen Auftrag zur Kabinettsbildung entgegenzunehmen.

*

Das neue Kabinett Laval gebildet

T.U. **Paris,** 14. Jan. Ministerpräsident Laval hat um Mitternacht sein neues Kabinett gebildet und es sofort dem Staatspräsidenten im Elysee vorgestellt.

Das neue Kabinett weist nur wenige Veränderungen auf. Briand ist endgültig ausgeschieden und Ministerpräsident Laval hat seinen Platz am Quai d'Orsay übernommen. Das Innenministerium ist in die Hände des bisherigen Unterstaatssekretärs Cathala übergegangen, während Tardieu sich doch noch dazu entschlossen hat, das Kriegsministerium zu übernehmen. An seine Stelle im Landwirtschaftsministerium tritt der bisherige Unterstaatssekretär im gleichen Ministerium, Fould. Unterstaatssekretariate für Inneres und Landwirtschaft sind aufgehoben worden. Alle übrigen Ministerien und Unterstaatssekretariate haben die gleiche Besetzung beibehalten.

Beim Verlassen des Elysee erklärte Laval, daß er im Laufe des Abends Gelegenheit gehabt habe, noch einmal mit dem bisherigen Außenminister Briand Rücksprache zu nehmen und daß er ihn gebeten habe, der Regierung auch weiterhin mit seiner Autorität und Erfahrung in einer Form zur Seite zu stehen, die er für die geeignetste erachte. Er werde im Laufe des Donnerstag seine Besprechungen fortsetzen.

Keine Einigung in Hessen

Die NSDAP. zu der Antwort des Zentrums

Darmstadt, 12. Jan. Die NSDAP. betrachtete die Gegenforderungen des Zentrums als Ablehnung der 12 Punkte, da diese als zusammenhängendes Ganzes von vornherein bezeichnet wurden, also nur angenommen oder abgelehnt werden könnten. Die Nationalsozialisten wenden sich im einzelnen zunächst gegen die Forderung des Zentrums, daß der künftige **einzige Minister des Landes parteipolitisch unabhängig sein müsse.** Das Schreiben betont an dieser Stelle u. a.: Das hessische Volk hat aber der nationalsozialistischen Bewegung nicht das Vertrauen ausgesprochen, damit ein Nichtsozialist nichtsozialistische Politik macht, sondern damit die von unserer Bewegung in der Propaganda vertretenen politischen Auffassungen auch tatsächlich verwirklicht werden.

Die Auffassung des Zentrums zu Punkt 12 der NSDAP.-Forderungen, betreffend **Haltung Hessens im Reichsrat,** die bekanntlich Unterstützung der Außenpolitik der Reichsregierung unbedingt forderte, und durch die Auslassungen des Reichstagsabgeordneten Bockius (Mainz) erst kürzlich noch unterstrichen wurde, wird damit beantwortet, daß es nicht Aufgabe der Ländervertreter sei, die jeweilige Außenpolitik einer Reichsregierung zu unterstützen, denn dazu brauche man diese Vertreter nicht. Ihre Aufgabe sei im Gegenteil, Vertreter der Interessen der Länder zu sein, die auch durch eine Außenpolitik der Reichsregierung berührt werden.

Die Antwort der NSDAP. zitiert dann eine Rede des Zentrumsministers Dr. **Stegerwald,** die dieser am 9. Dezember in Münster gehalten hat. Hierbei habe Stegerwald erklärt: „Zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ist kein Paktieren möglich, noch weniger ein gemeinsames positives Programm." Das Schreiben schließt:

„Nach dieser eindeutigen Ablehnung sowohl des hessischen als auch des Reichs-Zentrums erhält die NSDAP. ihre volle Handlungsfreiheit wieder."

Reform des Kraftfahrwesens

Berlin, 13. Jan. Bei einem Vortragsabend in Berlin machte Reichsverkehrsminister Treviranus Mitteilungen über die in Vorbereitung befindliche Reform des Kraftfahrgesetzes. Haftpflichtversicherungszwang sei notwendig. Die Gefährdungshaftung müsse ausgedehnt werden zugunsten der Insassen der im öffentlichen Verkehr verwandten Kraftfahrzeuge. Die Kraftfahrzeugverordnung werde demnächst geändert werden. Nur bei wirklicher Gefährdung anderer Wegbenutzer werde das Hupen noch statthaft sein. Gegen das Knattern der Motorräder müsse mehr als bisher behördlich eingeschritten werden. Der Verkehr in Einbahnstraßen und an Kreuzungen mit Lichtampeln werde reichsrechtlich geregelt werden. Erleichterungen seien für die Prüfung der Kraftfahrer vorgesehen. Ferner kündigte der Minister Erleichterungen im internationalen Kraftfahrzeugverkehr an, besonders im Grenzverkehr mit den deutschsprachigen Nachbarländern.

Wovon man spricht

Verlustliste 1931 der preußischen Polizei

12 Beamten wurden getötet, 149 schwer und 780 leicht verletzt

Berlin, 13. Jan. Der Verband Preußischer Polizeibeamter veröffentlicht jetzt die Verlustliste der Preußischen Polizei für das Jahr 1931. Den Tod infolge „Dienstunfalles" erlitten danach 15 Offiziere und Wachtmeister, von denen aber nur drei infolge eines wirklichen Unfalles im Dienst ums Leben gekommen sind, während neun Beamte, darunter die Berliner Polizeihauptleute Anlauf und Lenk, im Dienst erschossen wurden und weitere drei Beamte durch Gewalttätigkeiten bei Festnahmen tödlich verletzt wurden. Schwer verletzt, und zwar in der Hauptsache durch Schuß- und Stichwunden, wurden 149 Polizeibeamte, leicht verletzt 780.

Erklärungen der Deutschen Studentenschaft Halle zum Konflikt mit Professor Dehn

Halle, 13. Jan. Die Deutsche Studentenschaft Halle hat folgende Erklärung ausgegeben: Die Deutsche Studentenschaft an der vereinigten Friedrich-Universität Halle-Wittenberg betrachtet den **Burgfrieden** an der Universität von Herrn Professor Dehn durch die persönlichen und gehässigen **Ausführungen in seiner Schrift „Dokumente zum Halle'schen Universitätskonflikt" als gebrochen.**

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[4

Von diesem Tage an habe ich sie gehaßt, die stille Frau. Ungefähr zwei Jahre später erfolgte eine Aussprache und deine Mutter bat mich, ihr zu glauben, daß sie meiner Ehre und meinem Namen nie Schande zugefügt, daß nur eine reine, gute Freundschaft sie mit Rheinsbergh verbunden habe. Ich habe die Lügnerin zurückgestoßen. Zum gläubigen Idioten ließ ich mich nicht stempeln. Wenige Tage später starb deine Mutter. Daß wir während der letzten Jahre aus Werdenberg vertrieben wurden, weißt du selbst. Was soll ich es dir erst noch schildern? Alles gehört dem Rheinsbergh! Er ist schuld an allem. Nur er! Und nun wirst du heiraten, damit wir ihm unser Hab und Gut wieder entreißen können."

„Wen soll ich heiraten, Vater?"

„Ludwig Hirchfeld, den Millionär!"

„Nein!"

„Was wagst du! Habe ich dir das alles erzählt, damit du nun auch weiterhin stolz und ungebärdig bist? Ich sage dir: Schätze das Glück, Hirchfelds Frau zu werden, ja richtig ein! Ungeheurer Reichtum liegt dir und mir dann zu Füßen. Und vergiß es nicht, daß du mich rächen mußt."

„Es gibt nichts zu rächen, Vater. Sage kein Wort mehr gegen die arme Mama. Niemals hat sie getan, was dein Haß und Groll ihr zuschieben wollen. Ich glaube an die Reinheit meiner Mutter wie an das Evangelium."

Sein Gesicht sah braunrot aus, seltsam verzerrt.

„Du glaubst mir nicht? Du wagst, mir nicht zu glauben?"

„Ich werde niemals Hirchfelds Frau! Ich will arbeiten. Der Ekel bringt mich um, wenn ich auch nur an Ludwig Hirchfeld denke. Ich will lieber arm sein, als diese Schmach ertragen."

Herr von Dörring stand auf. Mit geballten Händen ging er auf seine Tochter zu.

„Sofort versprichst du mir, daß du meinen Willen respektieren wirst."

„Das kann ich nicht, Vater. Es geht um mich selbst, und da muß ich selbst auch über mich bestimmen können."

Dörring brüllte auf:

„Du wirst dich fügen — sonst wehe dir!"

Elme wich bis zur Wand zurück. Wie furchtbar dieser Mann sie ansah! Dieser Mann, der ihr Vater war! Seine Hände griffen nach ihr.

„Hier, sofort bittest du mir ab und gelobst, Ludwig Hirchfelds Frau zu werden. Ich will nicht länger in Armut und Elend leben, ich will reich sein, will mein Leben wieder genießen."

„Deshalb! Und ich soll mich opfern? Nein, Vater, das kannst du nicht von mir verlangen."

„Verlangen? — Ich befehle es dir, und damit basta!"

„Ich bin erst achtzehn Jahre alt, noch lange nicht mündig. Doch zu einer Heirat muß ich doch persönlich mein Jawort geben, und das werde ich niemals tun."

Herr von Dörrings Gesicht hatte noch immer die unheimliche, braunrote Farbe. Seine Hand hob sich zum Schlage.

„Du wirst Order parieren, verstehst du. Ich — — — !"

Die erhobene Hand sank herab; schwer fiel Herr von Dörring nach vorn. Ein leises Röcheln, dann war alles still.

Wie eine Statue stand Elme da und blickte auf die leblose Gestalt. Fast mechanisch drückte sie endlich auf den Knopf der Klingel. Anton kam herein, der alte treue Diener.

Er sah sofort, was geschehen war. Er kniete nieder und bemühte sich um seinen Herrn. Doch dem war nicht mehr zu helfen. Starr und steif lag er da, die rechte Hand, mit der er sein Kind hatte schlagen wollen, noch immer krampfhaft geballt.

Anton ordnete alles; er hatte den Arzt gerufen, nahm Elme alles ab. Jede Unterredung, jeden schweren Gang. Wie wohl dem Mädchen diese Fürsorge tat! Und doch fiel es ihr schwer aufs Herz, daß Anton nun wohl entlassen werden mußte. Sie würde keine Dienerschaft mehr halten können. Weder Anton noch Bertha, die Köchin, die auch bisher tapfer mit ausgehalten hatte. Beide würden sie nun fort müssen, denn sie, Elme, würde vielleicht nicht einmal dieses kleine, alte Haus hier behalten dürfen. Und wenn sie fort mußte von hier, dann konnte sie die beiden Getreuen nicht mitnehmen.

Anton eröffnete dem jungen Mädchen an einem der nächsten Tage nach der Beerdigung, daß die Rente weitergezahlt würde, die vom Verkauf Werdenbergs herstammte. Es könne also alles bleiben, wie es bis jetzt war, denn auch das Haus könne ihr niemand nehmen.

Elme konnte nicht anders: sie fiel dem treuen Alten um den Hals.

„Anton, dann können wir zusammen mit der Bertha hierbleiben, dann bin ich wenigstens nicht ganz heimatlos."

„Ja, gnädiges Fräulein, der alte Gott lebt eben immer noch."

„Ja, Anton, so ist es!"

So kam es, daß das Leben im Hause am Schillerweg seinen alten Gang ging. Alles war, wie es bisher gewesen war. Nur stiller, friedlicher war es geworden.

Elme dachte oft an den Toten. Und ihr Haß starb allmählich. Sie fühlte sich nicht schuldig an seinem schnellen Tod. Sie wußte auch jetzt noch genau, daß sie recht gehandelt hatte, als sie das reine Andenken ihrer Mutter verteidigte.

Aber etwas anderes wuchs in ihr empor. Erst unbewußt, dann immer stärker und deutlicher.

Elme stand oft an der Mauer im Garten und schaute auf die vielen spitzen, kleinen Türme von Schloß Rheinsbergh hinüber. Und dabei tönte es in ihrem Herzen:

„Er also ist es, der uns mit allem Vorbedacht die Heimat nahm. Mama hat sich geirrt. Er ist kein guter Mensch. Ich — ja, jetzt hasse ich ihn auch. Zwischen ihm und Mama hat nichts bestanden, aber er hat ein falsches Spiel getrieben, denn er hat Schloß Werdenberg an sich gebracht."

(Fortsetzung folgt.)